

Verpflichtung zur Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

- Schülerbeförderung allg./ Sonderschülerbeförderung



Information zur Datenerhebung gem. Art. 13 DSGVO

(Datenschutzinformation)

| | |
|--|--|
| Stadtverwaltung | Große Kreisstadt Mosbach |
| Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO (m,w,d) | Oberbürgermeister: Michael Jann |
| Behördlicher Datenschutzbeauftragter (m,w,d) | E-Mail: datenschutz@mosbach.de |
| Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlage | Die personenbezogenen Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit der Schülerbeförderungskostensatzung des Landratsamts Neckar-Odenwald-Kreises, in der jeweils gültigen Fassung, erhoben und verarbeitet. |
| geplante Speicherdauer | Die personenbezogenen Daten werden ab sofort gespeichert und nach Ablauf von 10 Jahren gelöscht. Ansonsten halten wir uns an die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen. |
| Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden)(m,w,d) | Die erhobenen personenbezogenen Daten werden folgenden Stellen weitergegeben: Schülerbeförderung allgemein: <ul style="list-style-type: none"> - Beförderungsunternehmen (VRN-Maxx-Ticket und HNV Sunshine-Ticket) - Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis (Zuschussgeber) Sonderschülerbeförderung: <ul style="list-style-type: none"> - Beförderungsunternehmen (TAXI Unternehmen, die jeweiligen Zuschlagsempfänger) - Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis (Zuschussgeber) |
| Betroffenenrechte | Sie haben als betroffene Person das Recht von der Stadt Mosbach Auskunft über die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 15 DSGVO), die Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO), die Löschung der Daten (Art. 17 DSGVO) und die Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO) zu verlangen, sofern die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sie können verlangen, die bereitgestellten personenbezogenen Daten gemäß Art. 20 DSGVO zu erhalten oder zu übermitteln. Sie können nach Art. 21 DSGVO Widerspruch einlegen. Die Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten können Sie jederzeit widerrufen. Unbeschadet anderer Rechtsbehelfe können Sie sich beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart, poststelle@lfdi.bwl.de beschweren. |
| Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung | Sollten Sie die für die Bearbeitung Ihres Anliegens notwendigen Informationen nicht bereitstellen wollen, kann Ihr Antrag nicht abschließend geprüft werden. Dies hat zur Folge, dass über Ihren Antrag nicht entschieden und infolgedessen auch keine Genehmigung/Erstattung/Beförderung erfolgen kann. |

Stand: 26.01.2021